# Bocholter-Borkener Volksblatt

Bezugspreis: Durch Boten gebracht 30,00 M, von der Geschäftsst. abgeholt 29,00 M, durch die Post bezogen 30,00 M monatlich. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Feiertags. Geschäftsstellen: Bocholt, Nobelstr. 6 (Fernsprecher 92), Rhede: J. Heinrichs, Anholt: W. Wolfing.

Rheder Volkszeitung
Anholt-Isselburger Zeitung
Organ der Zentrumspartei

Anzeigenpreis: Für Einheimische der 36 Millimeter breite, 1 Millimeter hohe Raum 1,00 M, Auswärtige 1,20 M, Textanzeigen das Millimeter 3,00 M. Hierauf der jeweilige Zuschlag. Auskunft- u. Angebotsgeb. 1,50 M. Bei Klage-Erhebung, Konkursen usw. wird d. bewilligte Nachlaß hinfällig.

Amtlicher Anzeiger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern u. Ämtern des Kreises Borken.

51. Jahrgang — Montag, den 7. August 1922 — Nummer 192


# Die deutsche Antwortnote.

**WTB. Paris, 6. Aug.** Die deutsche Antwortnote über die Ausgleichszahlungen wurde der französischen Regierung durch den deutschen Geschäftsträger von Hösch gestern vormittag um 11 Uhr überreicht.

**WTB. Berlin, 6. Aug.** In der Antwort der deutschen Regierung an Frankreich wird dargelegt:

Die deutsche Regierung kann annehmen, daß vor dem 15. August die grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein. Schon jetzt liegt dem Reichsrate ein Gesetzentwurf vor, der eine Aenderung des Rechnungssystems vorsieht, wonach die deutschen Schulden stärker als bisher herangezogen werden. Die angekündigten Maßnahmen sind als sogenannte Retorsions-Maßnahmen angeführt. Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1921 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligt enalliierten Mächte diese fristlos kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmung des Versailler Vertrages über die Zahlung der jeweiligen Debetsalden wieder Inwendung findet. Als Sicherung für die Nichtzahlung ist im Vertrage den Alliierten nur das Pfandrecht am Erlöse aus den Liquidationen deutschen Eigentums gegeben. Dem Zweck dieser Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August angekündigten Maßnahmen widersprechen, zumal die Zahlungen erst am 15. fällig sind. Seit der Note Eurer Exzellenz hat sich die Lage Deutschlands weiter verschlechtert. Die Mark ist weiter gefallen. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands nimmt ab. Unter diesen Umständen glaubt die deutsche Regierung der französischen die Erwägung anheimstellen zu müssen, die Angelegenheit einer weiteren Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in den anliegenden englischen und belgischen Noten erwähnten Verhandlungen der alliierten Mächte zurückzustellen.

gez. Wirth.

**Die unzureichende deutsche Antwort.**

**TU. Berlin, 6. Aug.** Die deutsche Antwort auf die Note Poincares ist gestern vormittag um 12 Uhr übergeben worden. Die Antwort wird nach der Erklärung, die gestern abend der französischen Presse gemacht worden ist, von Poincare als unzureichend bezeichnet. Der Ministerpräsident hat in der Voraussicht der kommenden Entwicklung bereits gestern abend die angekündigten Maßregeln mit dem Minister Reibel, der den Justizminister Barthou vertritt, noch einmal eingehend besprochen.

## Die französischen Zwangsmaßnahmen.

**WTB. Paris, 6. Aug.** Havas veröffentlicht folgendes Communique:

Da die deutsche Regierung heute heute nur eine dilatorische Antwort erteilt hat, hat die französische Regierung folgende zur Sicherstellung ihrer Ansprüche bestimmten Beschlüsse gefaßt:

1. Die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben.

2. Die Ausgleichsämter erhalten die Anweisung, für Rechnung der deutschen Regierung und aus dem Erlös der deutschen Güter in Frankreich die durch die Urteile des gemischten Schiedsgerichtes gewährten Entschädigungen bis auf weiteres nicht zu bezahlen. Die Wirkungen des französisch-deutschen Abkommens vom August—September 1921, auf Grund dessen diese von den Ausgleichsämtern Paris und Straßburg gewährten Zahlungen erfolgen, werden auf diese Weise suspendiert, und die deutsche Regierung wird die Urteile, die zu ihren Ungunsten ausgefallen sind oder ausfallen werden, aus eigenen Mitteln ausführen müssen.

3. Die Ausgleichsämter Paris und Straßburg sind angewiesen worden, jede Notifikation des Reinerlöses aus der Liquidation derdeutschen Güter in Frankreich einzustellen. Diese Maßnahme wird die Entschädigung von Deutschen mit dem in Frankreich liquidierten Besitz praktisch unmöglich machen und Deutschland verhindern, die Guthaben im Interesse dieser Kategorie seiner Staatsangehörigen zu verwenden.

4. Die im Gange befindliche Ausführung des in Baden-Baden abgeschlossenen Abkommens über die Wiedererstattung von Mobiliar, das von den deutschen Eigentums im Elsaß und Lothringen zurückgelassen worden ist, wird suspendiert.

5. Im Elsaß und Lothringen werden sofort Vorkehrungen getroffen.

Falls diese verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen sollten, werden sie durch weitere progressive Bestimmungen ergänzt werden.

## Der Kampf um die deutschen Zahlungen.

„Jetzt oder nie," das ist der Kampfruf, den Poincare ausstieß, als Deutschland um Aufschiebung der Wiedergutmachungs- und Ausgleichs-Zahlungen ersuchte. Er wußte wenn er jetzt nicht die Absichten und die Pläne der französischen Nationalisten durchsetzen könnte, dann würden sie niemals verwirklicht werden. Und von diesem Standpunkte aus sind seine zwei schroffen Noten an Deutschland zu erklären, hier liegt der Grund für sein anfängliches Weigern nach London zu gehen, da er fürchtete dort überrumpelt zu werden. Als er aber erkannte, daß dieses Fernbleiben eine für die französische Auffassung ungünstige Folge haben könnte, da konnte er nicht schnell genug nach London kommen. Diese Zusammenkunft in London, die nächsten Montag erfolgen wird, wird jetzt das entscheidende Wort sprechen, ob das Deutschland so notwendige Moratorium bewilligt wird. England, das an den wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages und des Versagens Deutschlands am meisten zu leiden hat und das, wenn es nicht Selbstmord an seinem eigenen Wirtschaftsleben begehen will unbedingt den französischen Standpunkt verneinen muß, hat nun in diesen Tagen versucht durch sein diplomatisches Spiel für die Zusammenkunft in London jene Atmosphäre zu schaffen, die einer ihm günstigen Lösung des Reparationsproblems förderlich ist. Den Auftakt dazu bildete das Wagnis der Griechen, von Thrazien aus Konstantinopel zu bedrohen und in Kleinasien Smyrna als autonomen Staat zu erklären. Hier versuchte England die französische Orientpolitik zu treffen. Der zweite Versuch, Frankreich beizukommen, war die Note Balfours an die Schuldnerstaaten Englands, in erster Linie natürlich an Franreich, in der England erklärt, daß es wegen der amerikanischen Forderung allmählich die englischen Schulden in Amerika, gezwungen sei an Frankreich und die anderen Schuldnerstaaten eine gleiche Forderung zu richten. Die englische Regierung weiß natürlich ganz sicher, daß Frankreich dazu nicht im Stande ist aber man wollte es Poincare zu Gemüte führen, daß seine Regierung der englischen Regierung gegenüber als Schuldnerin auftritt, wenn er als erster Regierungschef Frankreichs nach London kommt. Der dritte Versuch war die Rede des englischen Schatzkanzlers Horne im Unterhaus. Diese Rede war im Grunde genommen nichts anderes als eine Ehrenrettung der deutschen Wirtschaft und eine gewaltige Anklage gegen diejenigen Männer, die trotz des erkannten Unheils an dem Versailler Vertrag bis zum letzten Buchstaben festhalten. Horne ist einer jener Männer, die erkannt haben, daß im modernen Wirtschaftsleben kein Glied ernstlich erkranken kann, ohne die anderen Glieder in bedenklicher Weise zu gefährden. Aber auch Poincare suchte die Stimmung für London in seinem Sinne zu beeinflussen. Seine Drohung noch vor Beginn der Londoner Besprechungen wirtschaftliche Sanktionen gegen Deutschland anzuwenden soll den Engländern anzeigen daß, wenn England ihn keine genügende Konzessionen macht er bereit und im Stande ist ganz allein gegen Deutschland vorzugehen, ohne daß ihn jemand daran hindern könnte. Man kann dieses Verhalten Poincares nicht anders kennzeichnen als mit den Worten: Wenn es ernst wird kannst Du England mich doch nicht daran hindern gegen Deutschland Gewaltmaßregeln zu gebrauchen. — Tatsächlich liegen denn auch die Verhältnisse so, daß im Falle eines ernsten Konfliktes zwischen England und Frankreich wir den Franzosen voll und ganz ausgeliefert sind. Nur das eine Argument kann uns schützen: wenn Frankreich Sanktionen gegen uns anwendet, dann sind noch lange nicht die französischen Staatskassen gefüllt. Wir schweben also in einer furchtbaren Gefahr, wehrlos wenigstens für einige Zeit dem französischen Chauvinismus ausgeliefert zu werden. Auch die Reichsregierung ist sich des Ernstes der Lage wohl bewußt, aber seit Kriegsende ist es niemals nötiger gewesen denn jetzt, daß das ganze deutsche Volk zusammensteht, um bei der drohenden Gefahr nicht durch Uneinigkeit alles und jegliches zu verderben.

* * *

**Die geplanten Sanktionen.**

**WTB. Paris, 5. Aug.** Das Journal des Debats schreibt: Offenbar beeinflußt, gegenüber der Berliner Darstellung, daß Frankreich nicht berechtigt sei, wegen der Ausgleichszahlungen vor dem 15. August Sanktionen zu verhängen, weise man in Paris darauf hin, daß Deutschland ja nur die Frage nicht hätte aufzuwerfen und nicht die Absicht an den Tag zu legen brauchen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen, ferner, daß Deutschland, wenn es loyal denke, nur sofort mitzuteilen brauche, daß es bezahlen werde und daß unter diesen Umständen die Verweigerung einer Antwort einer Absage gleichkomme, die Zwangsmaßnahmen rechtfertige. Wie dem auch sei, die französische Regierung scheine entschlossen zu sein, zur Tat zu schreiten, wenn Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehe. Die Sanktionen würden progressiver Art sein. Die ersten würden am Montag ergriffen werden, und eine Anzahl im Elsaß ansässiger Deutscher betreffen. Im Folgenden werde man zu Maßnahmen ernsteren Charakters übergehen, wenn Deutschland den französischen Forderungen nicht nachkomme.

Die Liberte sagt, daß die Zwangsmaßnahmen mit der Ausweisung einer Anzahl im Elsaß und Lothringen wohnhafter Deutscher und mit der Sequestrierung ihres Besitzes beginnen würden. Nach der Information werden 150 in Elsaß-Lothringen wohnende Deutsche in der kommenden Woche ausgewiesen werden und deren Vermögen sequestriert werden.

**Vor dem Ablauf des Ultimatums.**

:!: **Paris, 5. Aug.** Dem Temps zufolge würden die Vergeltungsmaßnahmen, die Poincare wegen der Nichterfüllung der Bedingungen für die Ausgleichszahlungen in Aussicht nahm, morgen, Samstag, mittags, in Vollzug gebracht werden. Dagegen erklärt die Information, daß die erste Strafmaßnahme Montag, den 7. August, ergriffen werden soll; sie beziehe sich auf Ausweisung von 150 Deutschen, die Elsaß-Lothringen bewohnen. Deren Güter würden auch beschlagnahmt werden. Dieselbe Maßnahme würde in der folgenden Woche ergriffen werden, andere würden folgen. Der Intransigeant widerspricht dieser Ankündigung.

**Italien gegen Zwangsmaßnahmen.**

:!: **Paris, 5. Aug.** Das Petit Journal teilt mit, der italienische Botschafter Graf Sforza habe gestern dem Ministerpräsidenen Poincare die Auffassung dargelegt, die die italienische Regierung auf der Londoner Zusammenkunft vertreten werde. In der Frage der Ausgleichszahlungen sei die italienische Regierung nicht unmittelbar interessiert, da die Forderungen Italiens an Deutschland durch die Forderungen Deutschlands an Italien ausgeglichen seien. Jedoch sei Italien jeder Art von Zwangsmaßnahmen feindlich gesinnt, die einen neuen Marksturz herbeiführen könnten. Das genannte Blatt fügt hinzu, man wisse, daß die italienische Regierung hinsichtlich des Zahlungsaufschubs den Standpunkt des britischen Kabinetts mit geringer Abweichung vertrete. — Poincare hat gestern auch den belgischen Botschafter empfangen.

**Die öffentlichen Arbeiten auf Reparationskonto.**

**WTB. Paris, 5. Aug.** Die Reparationskommission hat den Entwürfen der großen öffentlichen Arbeiten, die von Deutschland auf Reparationskonto ausgeführt werden sollen, grundsätzlich zugestimmt. Die Entwürfe werden im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ausgearbeitet und der Reparationskommission vom Ministerpräsidenten vorgelegt werden. Die Kommission behält sich das Recht vor, ihre endgültige Zustimmung zu erteilen, wenn ihr die Einzelheiten jedes Entwurfes vorgelegt worden sind, wie z. B. die Dauer der Arbeiten, die Verteilung der Lieferungen zwischen französischen und deutschen Industrien, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeitnehmer bei jedem Unternehmer.

All diese Ausführungsbedingungen müssen jetzt zwischen der deutschen und der französischen Regierung vereinbart werden. Inzwischen wird das Arbeitsministerium die technischen Einzelheiten für die Ausführung der Entwürfe feststellen, sowie für jedes Unternehmen im einzelnen die Verteilung der Lieferungen prüfen.

## Die Bayernfrage.

**Keine Einberufung des Reichstages.**

:!: **Berlin, 5. Aug.** Von zuständiger Seite verlautet, daß die bayerische Krise keine Veranlassung zu einem Eingreifen des Reichstages mehr biete. Die außenpolitische Krise müßte zunächst in ihrer Entwicklung abgewartet werden. Eine Beteiligung des Reichstages in dieser Stunde wäre unangebracht. Im Notfalle werden Parteiführer und Auswärtiger Ausschuß zu den Beratungen der Reichsregierung hinzugezogen werden. Das Reichstagsplenum tritt vorläufig nicht zusammen.

**Vertagung des bayerischen Landtages.**

:!: **München, 5. Aug.** Der Landtag beendete gestern nachmittag seine Arbeiten. Präsident Königsbaur führte in seiner Schlußrede aus, auch in der größten Not des deutschen Volkes wolle man sich in Bayern freudig zum Deutschtum bekennen. Um aus dem tiefen Elend herauszukommen, sei eine verständnisvolle Behandlung der Länder durch das Reich Voraussetzung. An Stelle einseitigen Zwanges müsse eine freiwillige Vereinbarung treten. Die notwendige Abwehr unerträglicher Eingriffe in di bayerischen Hoheitsrechte solle alle im Hause vereinigt finden. Es sei ein Irrtum, daß in Bayern Reichsverdrossenheit herrsche; Bayern wolle die Reichsfreudigkeit dadurch heben, daß es seinem Land sein unveräußerliches Recht für die Zukunft bewahre. Das müsse auch in Berlin verstanden werden. Der Präsident schloß mit dem Wunsche, es möchten für die Zukunft Sicherheiten gegeben werden, damit die Hoheitsrechte der Länder nicht ohne Zustimmung der Länder beseitigt werden. Der Landtag wird im Oktober wieder zusammentreten.

**Dr. Stresemann in München.**

**TU. München, 6. Aug.** Im Zusammenhang mit der politischen Lage zwischen Bayern und dem Reich steht der für heute erwartete Besuch des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, in München.

**Sozialistische Kampfansage an Lerchenfeld.**

**WTB. München, 5. Aug.** Der bayerische Landtag stimmte dem Entwurf eines Finanzgesetzes für das Haushtlasjahr 1921-22 mit Mehrheit zu. Dabei erklärte Timm (Soz.) namens seiner Parteifreunde, daß sie gegen das Finanzgesetz stimmen. Nach karlamentarischen Grundsätzen wolle seine Partei dadurch schärfstes Mißtrauen gegen die augenblickliche bayerische

Staatsregierung ausdrücken, die „in der Zeit höchster politischer und wirtschaftlicher Not eine die Reichseinheit bedrohende, die Ziele Frankreichs fördernde, jeden kulturellen Fortschritt verneinende Politik“ betreibe. Der Redner erhielt einen Ordnungsruf. Neumann (USP.) schloß sich der Erklärung Timms an.

**Zu den Verhandlungen in Berlin.**

:!: **Leipzig**, 5. Aug. Die Vorverhandlungen zwischen der bayerischen Regierung und der Reichsregierung sollen, wie die Leipz. N. N. erfahren, nicht in Berlin sondern auf Wunsch des Grafen Lerchenfeld in München stattfinden und erst am Montag beginnen. Von der Reichsregierung sind als Unterhändler hierzu der Reichsernährungsminister und der Reichswehrminister bestimmt.

**Graf Lerchenfelds Reise nach Berlin.**

**TU. Berlin**, 6. Aug. Das Dementi der Bayerischen Staatszeitung, daß weder eine Einladung der Reichsregierung an den bayerischen Ministerpräsidenten ergangen sei, noch daß bei Graf Lerchenfeld die Absicht besteht, nach Berlin zu fahren, hat, wie die TU. erfährt, die Berliner Stellen überrascht. Es wird als selbstverständlich erklärt, daß die von Seiten der Reichsregierung im allgemeinen diplomatischen Verkehr üblichen Gepflogenheit beobachtet worden sind und daß man in Berlin annehmen dürfe, daß der bayerische Ministerpräsident der Einladung wird Folge leisten.

# Deutschland.

**Vertagte Verhandlung des Staatsgerichtshofs.**

:!: **Leipzig**, 5. Aug. Die für den 10. August in Aussicht genommenen Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof sind einstweilen aufgehoben worden. Wie die Sächsische Korrespondenz an zuständiger Stelle erfährt, führt man als Grund an, daß man es nicht für zweckmäßig hält, vor dem bekanntlich durch eine mittlerweile wieder aufgehobene Notverordnung geschaffenen Staatsgerichtshof zu verhandeln, sondern vor dem durch das Gesetz zum Schutze der Republik geschaffenen Staatsgerichtshof, der neben den Berufsrichtern 6 Laienrichter aufweist. Dieser Gerichtshof könne verfassungsgemäß nicht eher in Tätigkeit treten, als bis die Ausführungsverordnung des Reichsjustizministers vorliege, die auch die Besetzung der noch offenen Stellen regelt. Die Ausführungsverordnung dürfte in kürzester Frist zu erwarten sein.

**Regimentsfeiern.**

**WTB. Berlin**, 5. Aug. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hebt der Minister des Innern infolge des Inkrafttretens des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik seine, zu den Verordnungen des Reichspräsidenten ergangenen Bekanntmachungen vom 26. Juni unter dem Hinweis darauf auf, daß die Verordnung des Reichspräsident enwom 26. Juni über das Verbot bestimmter Versammlungen und die zu dieser Verordnung ergangene Bekanntmachung des preußischen Ministeriums des Innern vom gleichen Tage nicht aufgehoben sind.

Zu dem in dieser Bekanntmachung erlassenen einstweiligen Verbot von Regimentsfeiern und anderen Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile bemerkt der Minister, daß die Vereinigungen, die, wie der Bund deutscher Militäranwärter, der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und der Bund ehemaliger Kriegsgefangener in der Hauptsache die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Mitglieder bezwecke, von dem Verbote ausgenommen werden. Nur die den Mitgliedern zugänglichen Veranstaltungen rein gesellschaftlicher Art der Vereinigungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile gelten nicht als Versammlungen im Sinne des Verbotes des Ministers, soweit sie in gedeckten Räumen stattfinden.

**Verein für das Deutschtum im Auslande.**

**WTB. Kulmbach**, 5. Aug. Der Verein für das Deutschtum im Auslande eröffnete gestern vormittag in Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus allen Gauen des deutschen Reiches, aus den Grenzlanden und aus dem Auslande seine diesjährige Hauptversammlung mit einer Sitzung des Hauptvorstandes. In der heutigen Nachmittagssitzung des Hauptausschusses des Vereins schilderten nach Besprechung einer Reihe von Satzungsänderungen Auslands- und Grenzlandvertreter die Not des deutschen Volkstums im Auslande. Nach dem Bericht über das Vereinsjahr 1921 wurden in diesem 5 Millionen Mark für Unterstützungen ausgegeben und 119 neue Ortsgruppen gegründet, außerdem 450 Schulgruppen mit etwa 100 000 Mitgliedern. Der Verein kann Ende 1921 einschließlich der deutschen Schulvereine rund 2000 Orts- und Schulgruppen mit rund 360 000 Mitgliedern feststellen.

# Ausland.

**Die interalliierten Schulden.**

**WTB. London**, 5. Aug. Nach einer Exchangemeldung aus Washington erklärte der amerikanische Senator Borah, das amerikanische Volk werde sich niemals für einen Vorschlag der Annullierung irgend eines Teiles der den Vereinigten Staaten geschuldeten Gelder interessieren, wenn dieser Vorschlag nicht durch einen festen und endgültigen von Garantien umgebenen Plan für die tatsächliche Abrüstung zu Wasser und zu Lande begleitet sei. Andernfalls würde eine Annullierung der Schulden eine Unterstützung der Rüstungspläne bedeuten.

In einer Rede in Oxford sagte Walter Runciman, unglücklicherweise bestehe in Amerika der Eindruck, Großbritannien wolle seine Schulden nicht bezahlen. Er könne im Namen der Londoner City und der englischen Geschäftsleute im allgemeinen erklären, daß Großbritannien zahlen könne und wolle.

**Von der russischen Botschaft.**

:!: **Warschau**, 5. Aug. Die Meldung über eine demnächst zu erwartende Abberufung des Berliner sowjetrussischen Botschafters wird von der hiesigen Sowjetbotschaft dementiert. Diese Gerüchte seien vollständig darauf zurückzuführen, daß Krestinski bei der Sowjetregierung um einen einmonatigen Erholungsurlaub nachgesucht hat, den er nach seiner für Mitte August bevorstehenden Rückkehr aus Moskau in Bad Kissingen zu verbringen gedenkt. Alsdann übernimmt Krestinski wieder die Geschäfte der Berliner Botschaft.

## Die Feier des Verfassungstages.

**Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt**, hat der Minister des Innern Severing unter dem 1. August folgenden Erlaß an die Ober- und Regierungspräsidenten herausgehen lassen:

Die Reichsregierung und das preußische Staatsministerium haben beschlossen, den 11. August zur Erinnerung an die vor drei Jahren vollzogene Verfassung des Deutschen Reiches durch Veranstaltung von Festakten nicht nur in der Reichs- und Landeshauptstadt, sondern auch im ganzen Lande in angemessener Weise zu begehen. Zu diesem Zwecke wird folgendes angeordnet:

1. Sämtliche Dienstgebäude der inneren und allgemeinen Verwaltungen, sowie die Gebäude der Selbstverwaltungskörper haben am 11. August entsprechend den Verfügungen vom 22. Juli 1922 usw. in den Reichs- und Landesfarben zu flaggen. Soweit einzelne Gemeinden oder Gemeindeverbände im Besitz von besonderen Flaggen (z. B. in den Stadt- oder Provinzfarben) sind, habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß neben den Reichs- und Landesflaggen auch jene Farben gezeigt werden.

2. An allen Orten, die Sitz eines Oberpräsidiums oder einer Regierung sind, haben die Vorstände der Behörden sich mit den dort vertretenen anderen Landes- und Reichsbehörden unverzüglich ins Benehmen zu setzen, um möglichst gemeinsame Bestimmungen über eine würdige äußere Gestaltung der Feier herbeizuführen.

3. Wegen der äußeren Gestaltung der Feier im einzelnen (Ansprachen, gegebenenfalls auch musikalische oder deklamatorische Darbietungen und dergl.) wird den nachgeordneten Behörden weitestgehende Handlungsfreiheit gelassen, da die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse eine einheitliche Regelung ausschließt.

4. Die Bedeutung des Tages läßt es geboten erscheinen, daß an den Festakten sich nicht nur Vertreter der Zivilbehörden beteiligen, sondern daß auch Vertreter der Bevölkerung hinzugezogen werden. Ich bestimme deshalb, daß besondere Einladungen zur Teilnahme an den Festakten auch an die Spitzen der Militär- und Polizeibehörden, die Organisationen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, Handels- und Handwerkskammern, Innungen, Beamtenorganisationen usw. ergehen.

5. Sämtlichen Beamten der allgemeinen und der inneren Verwaltung ist, soweit sie nicht durch unaufschiebbare dienstliche Obliegenheiten in Anspruch genommen sind, und soweit die räumlichen Verhältnisse es zulassen, auf ihren Wunsch die Teilnahme an den Feiern zu gestatten.

Ueber den Verlauf der Veranstaltung ersucht der Minister um Berichte.

## Zeichnung der Zwangsanleihe.

**Amtliche Bestimmungen.**

Im Juli können die Zeichnungen für die nunmehr Gesetz gewordene Zwangsanleihe noch zu den billigsten Sätzen geschehen. Später steigen die Sätze von Monat zu Monat. Die wichtigsten Grundzüge des Gesetzes sind:

**Zeichnungspflichtige.**

a) Alle Deutschen mit Ausnahme derer, die seit dem 1. Januar 1921 sich dauernd im Auslande aufhalten und im Inlande seinen Wohnsitz haben; b) Nichtdeutsche, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder des Erwerbs wegen oder länger als sechs Monate ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben; c) juristische Personen und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, deren Sitz oder Ort der Leitung im Inland liegt, insbesondere Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften a. A., Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Bergwerksgesellschaften, Genossenschaften und andere.

**Die betroffenen Vermögen.**

Das Vermögen mit dem Wert am 31. Dezember 1922. Vermögen bis zu 100 000 ℳ sind frei. Frei sind ferner Vermögen bis zu 300 000 ℳ, wenn sie hauptsächlich aus Kapitalvermögen bestehen und das für 1921 festgestellte Einkommen 10 000 ℳ nicht übersteigt. Bei über 60 Jahre alten oder erwerbsunfähigen Rentnern erhöht sich die Freigrenze bis auf eine Million Mark, wenn das Einkommen 60 000 ℳ nicht übersteigt.

**Wieviel ist zu zeichnen?**

Von den ersten 100 000 ℳ 1 Prozent, von den nächsten 150 000 ℳ 2 Prozent, von den nächsten 250 000 ℳ 4 Prozent, von den nächsten 250 000 ℳ 6 Prozent, von den nächsten 250 000 ℳ 8 Prozent, von den weiteren Beträgen 10 Prozent. Beispiele: 100 000 ℳ Vermögen nichts, 200 000 ℳ Vermögen 3000 ℳ Zwangsanleihe, 300 000 ℳ Vermögen 6000 ℳ, 400 000 ℳ Vermögen 10 000 ℳ, 500 000 ℳ Vermögen 14 000 ℳ, 600 000 ℳ Vermögen 20 000 ℳ, 700 000 ℳ Vermögen 26 000 ℳ, 800 000 ℳ Vermögen 33 000 ℳ, 900 000 ℳ Vermögen 41 000 ℳ, 1 000 000 ℳ Vermögen 49 000 ℳ.

**Zahlungstermine.**

Man muß zahlen zwei Drittel der Zwangsanleihe bei Abgabe der Vermögenssteuererklärung (Januar 1923), spätestens bis zum 28. Februar 1923, und den Rest zwei Monate nach Zustellung des Bescheids. Man kann aber schon im voraus zahlen. Die Vorauszahlung ist mit Vorzugskursen verbunden.

**Zeichnungspreis.**

Wenn man im Juli 1922 zahlt 94 Prozent, im August 1922 96 Prozent, im September 98 Prozent, im Oktober oder November 100 Prozent, im Dezember 101 Proz., im Januar 1923 102 Prozent im Februar 104 Prozent, vom März 1923 an 106 Prozent. Beispiel: Wer im Juli 1922 50 000 ℳ Zwangsanleihe zeichnet, hat dafür 50×940 = 47 000 Mark zu zahlen.

**Zahlstellen.**

Bei der Reichsbank sowie den Banken und Bankiers, die dem Zentralverband für Bank- und Bankiergewerbe angeschlossen sind; bei den im Deutschen Zentralgiroverband und bei den im Deutschen Sparkassenverband organisierten Girozentralen, Sparkassen und Kommunalbanken; bei den den Revisionsverbänden des Deutschen Genossenschaftsverbandes angehörigen Kreditgenossenschaften, bei den Zentralkassen der landwirtschaftlichen Genossenschaften, bei der Landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse Berlin und deren Zweigstellen und Hauptgeschäftsstellen.

**Zahlungsart.**

Man füllt einen Zeichnungsschein, den man bei den genannten Annahmestellen erhält, aus, zahlt den Betrag oder überweist ihn und erhält dafür eine Quittung. Zeichnungen ohne Zahlung werden nicht angenommen. Im Zeichnungsschein ist mit anzugeben, in welchen Beträgen und wo man die Stücke ausgehändigt wünscht. Es werden Stücke über 1000, 2000, 5000, 10 000 und 50 000 ℳ ausgegeben. Eingahlen kann man nur einen durch den jeweiligen Zeichnungskurs teilbaren Betrag, also im Juli einen durch 94, im Oktober einen durch 100, im Februar 1923 einen durch 104 teilbaren Betrag.

**Allgemeines.**

Für die im Kalenderjahr 1922 erfolgenden Vorauszahlg. ist es nicht erforderl., daß jemand sein Vermögen genau errechnet. Vielfach wird dies auch gar nicht möglich sein, weil der Stand des Vermögens am 31. Dezember 1922 zurzeit noch nicht veranschlagt werden kann. Ueberdies werden die Steuerkurse für die Wertpapiere und Richtlinien für die Bewertung des Grund- und Betriebsvermögens erst in einiger Zeit herausgegeben werden. Niemand braucht aber bis zu dem Erlaß dieser Bestimmungen mit der Zeichnung zu warten. Es genügt vielmehr, daß jemand sein Vermögen überschläglich schätzt und danach seine Vorauszahlung einrichtet. Die Vorauszahlung liegt im eigenen Interesse des einzelnen, da er sich den günstigen Vorzugskurs sichert. Wer zuviel vorauszeichnen sollte, erhält übrigens den zuviel gezahlten Betrag mit 5 Prozent Zinsen erstattet.

# Vermischtes.

**Der „indische Prinz“ als Heiratsschwindler.**

— **Halle**, 4. Aug. Unter dem Namen Fred Tawe, Zauberkünstler, Hellseher, Filmschauspieler und „Prinz aus Indien“ hat in Halle ein Betrüger zwei Frauen, denen er sich mit Heiratsanträgen nahte, um hunderttausende von Mark und kostbaren Wertsachen geschädigt. Einer der Betrogenen hat er vorgeredet, er wolle sie als seine Frau mit nach Indien in seinen Palast nehmen. Sie hat ihm darauf eine Viertelmillion Mark an barem Gelde geopfert. Eines Tages war der „Prinz von Indien“ und mit ihm seine Sekretärin verschwunden. Jetzt hat die Kriminalpolizei ihn und seine Leipziger Sekretärin in Essen in dem Augenblick verhaftet, als das Pärchen vom Standesamt zur Wohnung zurückkehrte. In der Gefängniszelle zerriß der junge Ehemann aus Wut über die gestörte Hochzeitsfeier seinen Festanzug. Es stellte sich jetzt heraus, daß der „Prinz von Indien“ ein Stiefelputzer namens August Barkus vom Hauptbahnhofe in Leipzig ist.

**Von Einbrechern erschossen.**

— **Berlin**, 5. Aug. Gestern nacht wurde in Charlottenburg der Kaufmann Konrad Friedrich aus der Schlüterstraße von Einbrechern, die in einem Strumpfwarengeschäft in der Pestalozzistraße bei der Arbeit gestört worden waren, bei der Verfolgung der Diebe erschossen.

**Eine Viertelmillion Fremde in Berlin.**

— **Berlin**, 5. Aug. Unter den 128 053 während des Monats Juli eingetroffenen Fremden waren nach den Feststellungen der „Zentrale für den Fremdenverkehr Groß-Berlins“ 32 402 Ausländer. Damit ist — zum ersten Male — ein Anteil von 25 v. H. der Ausländer in Berlin erreicht und sogar überschritten. An erster Stelle erscheinen diesmal statt der benachbaren Schweden die Amerikaner mit 3948 Gästen, Schweden mit 3945, Dänemark mit 3457, die Tschechoslowakei mit 3319 Besuchern. Holland schließt sich mit 2499 an, Oesterreich mit 2289, Rußland mit 1985, Norwegen mit 1704, Polen mit 1684, Ungarn mit 1623, England mit 1488, die Schweiz mit 1149, Frankreich mit 824, die Balkanstaaten mit 773, Italien mit 647, Belgien mit 517, Spanien mit 400, Asien mit 259, Afrika mit 177, die Türkei mit 176 usw.

**Republikanischer Studententag.**

— **Jena**, 5. Aug. Das Reichskartell Deutscher republikanischer Studenten nahm laut Vorwärts auf dem republikanischen Studententag in Jena einstimmig eine Entschließung an, in der die Regierung darauf aufmerksam gemacht wird, daß die dem Reichsministerium unterstellte technische Nothilfe mehr und mehr zur Zufluchtsstätte reaktionärer Elemente geworden sei und die Regierung ersucht wird, sofortige Auflösung der technischen Nothilfe vorzunehmen, sobald die Durchführung des Beschlusses des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, Notstandsarbeiten im Falle von Streiks zu übernehmen, garantiert sei.

**Von den Oberammergauer Festspielen.**

— **München**, 5. Aug. Von den Passionsspielen in Oberammergau ist mitzuteilen, daß der Pilatusdarsteller Mayr unmittelbar nach der Vorstellung durch eine Stimmlähmung aus dem Spiel fortan auszuscheiden genötigt ist, denn es wird ein Jahr dauern, bis er den vollen Besitz der Stimme wiedererlangt hat.

## Ernteaussichten und Lebensmittelpreise.

Mit großer Bangigkeit sehen in diesem Jahre, das ein so merkwürdiges Wetter hat, viele, viele der kommenden Ernte entgegen. Vom Ausfall der Ernte werden zum großen Teil mit die Lebensmittelpreise abhängen. Wie im Vorjahre, so muß man auch heuer leider wieder die Feststellung machen, daß Meldungen über eine im Herbst hereinbrechende Ernährungskatastrophe nicht ohne tendenziöse Absicht verbreitet werden. Aus welchen Quellen diese Meldungen stammen, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. Der Zweck, den man durch die Verbreitung dieser Nachrichten erreichen will, ist klar. Man versucht, die Preise für die Bedarfsartikel unserer Lebenshaltung mit allen Mitteln künstlich in die Höhe zu treiben. Einmal behauptet man, die langandauernde Trockenheit trage die Schuld, in anderen Gegenden, wo es vielleicht unverhältnismäßig viel geregnet hat, macht man die Nässe verantwortlich. Eine Ernte, die selbst die frohesten Hoffnungen übersteigt, haben wir in diesem Jahre nicht zu erwarten. Roggen und Weizen haben im ganzen Reiche gelitten. Die Trockenheit der ersten Sommermonate ließ das Getreide nicht gut entwickeln. Die dann später einsetzende Regenperiode drückte die Qualität des Kornes zweifellos herab. Aber trotzdem wird sich die gesamte Getreideernte nur etwas unter dem Durchschnitt einer Mittelernte halten. Auch das preußische Landwirtschaftsministerium bezeichnet in einem in diesen Tagen herausgegebenen Bericht die kursierenden Meldungen über eine schlechte Getreideernte als stark übertrieben. Wenn nun aber in einigen Gegenden die Niederschläge ziemlich stark gewesen sind und der Qualität des Kornes zugesetzt haben, so haben sie aber auch ein hervorragendes Wachstum der Wiesen herbeigeführt, so daß der zweite Schnitt sich ertragreich gestalten wird, wodurch die Futtermittelnot abgeschwächt wird. Eine bessere Milchversorgung wird die Folge sein. Einer mittelmäßigen Getreideernte steht aber eine gute Kartoffelernte gegenüber. Ebenso wird die Rübenernte in diesem Jahre keine schlechte sein. Die Rüben werden auch die Futtermittelnot beseitigen helfen und so eine gute Fleischversorgung sicherstellen. Die schlesischen Zuckerfabriken melden eine wesentlich bessere Zuckerrübenernte als im Vorjahre, so daß mit einer höheren Zuckerproduktion zu rechnen ist. Wenn die Verkehrsschwierigkeiten, die im letzten Jahre in die Erscheinung traten, im kommenden Herbst behoben werden, so ist kein Grund für irgendwelche pessimistischen Gedanken vorhanden. Zum Schluß noch ein Wort über die Kartoffelausfuhr. Die englische Statistik für den Monat Juni weist eine erhöhte Kartoffelausfuhr aus Deutschland nach. Hierzu teilt das Landwirtschaftsministerium mit, daß es sich bei den in dieser Statistik erwähnten Mengen fast nur um Durchfuhrware gehandelt hat.

# Westfalen und Rheinland.

* **Münster**, 5. Aug. Am Mittwoch mittag hatte Graf Merveldt alle Beamten und Angestellten der hiesigen Regierung zu sich gebeten, um sich von seinen Mitarbeitern zu verabschieden. In seiner Ansprach erwähnt Graf Merveldt nochmals die harte Form der Verabschiedung für einen verantwortlichen Beamten, der ein Lebensalter lang mit allen seinen Kräften dem Vaterlande treu gedient habe. Sowohl der Herr Oberpräsident wie er selbst hätten die Entschließung des Staatsministeriums zuerst durch die Zeitungen erfahren; Gründe seien ihm bis heute nicht bekannt gegeben. Wohl sei es ihm bekannt, daß nach der der Verabschiedung zu Grunde liegenden Verordnung Gründe nicht angegeben zu werden brauchten, aber nach einer anderen grundsätzlichen Bestimmung, jedem Beamten Gelegenheit zu geben, sich zu einer ihn belastenden Angelegenheit zu äußern, habe er ein Recht auf Kenntnis des Grundes der Verabschiedung und auf Verteidigung. Allezeit habe er den Grundsatz vertreten, daß er als Beamter Diener der Allgemeinheit sei und für das Gesamtwohl mit allen Kräften bestrebt sein müsse. Keiner politischen Partei habe er daher angehören können, habe nicht mal eine politische Versammlung besucht. Der Republik habe gewissenhaft seine Arbeit gegolten, da das Staatswohl über alles gehe. Nur ein ehrloser Charakter und ein schlechter Christ könne das Gehalt der Republik beziehen und ihr nicht ehrlich dienen. Schwer, sehr schwer schaue er in die Zukunft des Vaterlandes, das mehr als je einen aufrechten Mann nicht entbehren könne, wenn es jemals aus dem Elende ein Aufwärtssteigen geben solle. Er scheide als ehrlicher, offener und aufrechter Mann mit dem Bewußtsein treuester Pflichterfüllung, bereit, jederzeit vor Gott und aller Welt

sich zu rechtfertigen, [illegible] legenheit gebe. Was westfälische Treue [illegible] Dienste und Bereitwil werde. Er scheide nu arbeiter, da er hoffe, zu betätigen.

* **Von der holländi Teuerung an der Gren** Teuerung an der deutsch anlaßte die Ortskartell schen Beamtenbundes vo provinz sich zu einer A zuschließen, um Regieru Notwendigkeit zu übe dieses Bezirks in irgend sen werden muß. Die valutastarken Hollands Ortsklassensache hat die befriedigt. Unzählige O noch in der niedrigsten beihilfe wird nur in e Grenzbezirks gezahlt u unzureichendem Maße. so teuren Bezirken Deut klassensache als auch di schaftsbeihilfen zur Zuf gelingt es, Regierung Notwendigkeit zu über ländischen Grenzbezirk sie sich auf die Besold voll zur Auswirkung durchführbar ist, sollte

* **Stadtlohn**, 5. Au Der morgige Sonntag i bei Stadtlohn. In di August 1623 geschlagen herr Tilly und Christ ihren Heeren gegenübe die in hiesiger Gegend und ihr Abschluß fande noch im Volksmunde wurde das Heer des H völlig aufgerieben. knapper Not nach Ho später (1626), von eine gerafft, in Wolfenbüttel hiesiger Kirche erneue Andenken an die in der Tillys und an die Be tionstransportes, welch durch ein schreckliches Er

* **Oespel**, 5. Aug. Wilhelm Schmidt wurd der Zeche „Germania“ steinsmassen so schwer blieb. Den Verunglü mit 3 Kindern.

* **Merzig**, 5. Aug. Gestern fand man hie seine Ehefrau und vie Monaten bis zu 6 Jahr tot in der Wohnung. und warum sie geschehe lassen verschiedene Anz Raubmördern begangen

* **Gelsenkirchen**, 5. getötet. Auf der Zeche techniker Paul Brandt leitung zu nahe. Er

* **Schwerte**, 4. Aug. der Zeche „Karoline“ i mann Emil Korten im Fälker mit einer Hacke tet, in Notwehr gehan

* **Iserlohn**, 5. Au einem Anfalle von Schw Monaten beobachtet w Meister Friedrich Schm einem Rasiermesser den schon einige Male Sel In der Wohnung seiner 19jähriger Fabrikarbeite erhängt. — Der 17jä aus Hohenlimburg wu tot aufgefunden. Auch

* **Werl**, 5. Aug. von einem Rutengänge einer Teufe von 97 erbohrt worden.

* **Goch**, 5. Aug. 4. M Zum vierten Male we und 25. September die sich gemeinsam mit ih Johannes von Münste der Nöten und Wirrni zulegen von den ewige bens und zu ernster A quellen des katholischen winnen zu religiöser Gemeinschaftsgedanke“ ganze Tagung beherrsch wird die Aufführung d „Der verlorene Sohn“ Goch verbunden werde

* **Aachen**, 4. Aug. urteilte die Strafkam nereibesitzer zu 8 Mon Mark Geldstrafe; ein selben Vergehens geg gesetz sowie wegen ver treide, das zu der Sch zu 6 Monaten Gefän

## Aus d

s. **Gewerkschaftsfest.** gebung des christlichen bei herrlichem Wetter lichen Gewerkschaften.

sich zu rechtfertigen, sofern man ihm dazu Gelegenheit gebe. Was ihm wohltue, sei die altwestfälische Treue der Beamtenschaft, deren Dienste und Bereitwilligkeit er nie vergessen werde. Er scheide nur dienstlich von seinen Mitarbeiter, da er hoffe, sich in Münster auch weiter zu betätigen.

* **Von der holländischen Grenze**, 5. Aug. **Die Teuerung an der Grenze.** Man schreibt uns: Die Teuerung an der deutsch-niederländischen Grenze veranlaßte die Ortskartelle der Grenzkreise des Deutschen Beamtenbundes von der Nordsee bis zur Rheinprovinz sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, um Regierung und Parlamente von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß den Beamten dieses Bezirks in irgend einer Form finanziell geholfen werden muß. Die Teuerung an der Grenze des valutastarken Hollands wächst von Tag zu Tag. Die Ortsklassensache hat die Grenzkreise in keiner Weise befriedigt. Unzählige Orte und Städte befinden sich noch in der niedrigsten Ortsklasse. Die Wirtschaftsbeihilfe wird nur in einigen wenigen Städten des Grenzbezirks gezahlt und dort auch nur in ganz unzureichendem Maße. In andern, bei weitem nicht so teuren Bezirken Deutschlands, ist sowohl die Ortsklassensache als auch die Angelegenheit betr. Wirtschaftsbeihilfen zur Zufriedenheit gelöst. Hoffentlich gelingt es, Regierung und Parlamente von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß im deutsch-niederländischen Grenzbezirk die bestehenden Gesetze, soweit sie sich auf die Besoldung der Beamten beziehen, voll zur Auswirkung kommen. Was anderswo durchführbar ist, sollte auch hier möglich sein.

* **Stadtlohn**, 5. Aug. **Schlacht bei Stadtlohn.** Der morgige Sonntag ist der Jahrestag der Schlacht bei Stadtlohn. In dieser Schlacht, welche am 6. August 1623 geschlagen wurde, standen sich der Feldherr Tilly und Christian von Braunschweig mit ihren Heeren gegenüber. Nach blutigen Kämpfen, die in hiesiger Gegend ihren Höhepunkt erreichten und ihr Abschluß fanden — das Gebiet führt jetzt noch im Volksmunde den Namen „Blutfeld" — wurde das Heer des Herzogs von Braunschweig fast völlig aufgerieben. Christian selbst entkam mit knapper Not nach Holland und starb drei Jahre später (1626), von einer tückischen Krankheit dahingerafft, in Wolfenbüttel. Eine alte Messestiftung in hiesiger Kirche erneuert noch jetzt alljährlich das Andenken an die in der Schlacht gefallenen Offiziere Tillys und an die Begleitmannschaft eines Munitionstransportes, welche am Tage nach der Schlacht durch ein schreckliches Explosionsunglück den Tod fand.

* **Despel**, 5. Aug. **Verunglückt.** Der Bergmann Wilhelm Schmidt wurde auf der Schachtanlage 1—4 der Zeche „Germania" von hereinbrechenden Gesteinsmassen so schwer getroffen, daß er sofort tot blieb. Den Verunglückten betrauert eine Witwe mit 3 Kindern.

* **Merzig**, 5. Aug. **Ein fürchterliches Verbrechen.** Gestern fand man hier den Mühlenbesitzer Kreutz, seine Ehefrau und vier Kinder im Alter von 16 Monaten bis zu 6 Jahren mit durchschnittener Kehle tot in der Wohnung. Wer die Tat begangen hat und warum sie geschehen ist, steht noch nicht fest, doch lassen verschiedene Anzeichen vermuten, daß sie von Raubmördern begangen ist.

* **Gelsenkirchen**, 5. Aug. **Vom elektrischen Strom getötet.** Auf der Zeche Zollverein geriet der Elektrotechniker Paul Brandt einer elektrischen Stromleitung zu nahe. Er wurde auf der Stelle getötet.

* **Schwerte**, 4. Aug. **Im Streit erschlagen.** Auf der Zeche „Karoline" in Holzwickede hat der Bergmann Emil Korten im Streit seinen Arbeitskollegen Fälker mit einer Hacke erschlagen. Korten behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben.

* **Iserlohn**, 5. Aug. **Drei Selbstmorde.** In einem Anfalle von Schwermut, die schon seit einigen Monaten beobachtet wurde, hat sich der 61jährige Meister Friedrich Schmidt in seiner Wohnung mit einem Rasiermesser den Hals durchschnitten. Er hat schon einige Male Selbstmordgedanken geäußert. — In der Wohnung seiner Braut in Westig hat sich ein 19jähriger Fabrikarbeiter von hier aus Liebeskummer erhängt. — Der 17jährige Kaufmannslehrling G. aus Hohenlimburg wurde am benachbarten Schälk tot aufgefunden. Auch hier liegt Selbstmord vor.

* **Werl**, 5. Aug. **Neue Soolquelle.** An einer von einem Rutengänger bezeichneten Stelle ist in einer Teufe von 97 Meter eine starke Soolquelle erbohrt worden.

* **Goch**, 5. Aug. **4. Niederrheinischer Katholikentag.** Zum vierten Male werden in diesem Jahre am 24. und 25. September die niederrheinischen Katholiken sich gemeinsam mit ihrem Oberhirten, dem Bischof Johannes von Münster, versammeln, um inmitten der Nöten und Wirrnisse unserer Tage Zeugnis abzulegen von den ewigen Wahrheiten unseres Glaubens und zu ernster Beratung, um aus den Heilquellen des katholischen Glaubens die Kraft zu gewinnen zu religiöser Erneuerung. „Der christliche Gemeinschaftsgedanke" wird als leitende Idee die ganze Tagung beherrschen. Mit dem Katholikentag wird die Aufführung des Eckertschen Mysterienspiels „Der verlorene Sohn" im großen Kasinosaale in Goch verbunden werden.

* **Aachen**, 4. Aug. **Wegen Schwarzbrennerei** verurteilte die Strafkammer einen Stolberger Brennereibesitzer zu 8 Monaten Gefängnis und 422 000 Mark Geldstrafe; ein Bruder von ihm wegen desselben Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz sowie wegen verbotenen Ankaufs von Brotgetreide, das zu der Schwarzbrennerei benutzt wurde, zu 6 Monaten Gefängnis und 427 000 M Strafe.

# Aus der Heimat.

Bocholt, den 7. August.

s. **Gewerkschaftsfest.** Zu einer glanzvollen Kundgebung des christlichen Gedankens gestaltete sich gestern bei herrlichem Wetter das Gewerkschaftsfest der christlichen Gewerkschaften. Das Fest begann morgens 10 Uhr mit einer Versammlung der Betriebsräte, Vorstände u. Vertrauensleute im Vereinshause St. Paulus. Eröffnet wurde die Sitzung durch den Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Gewerkschaftssekretär Albers, der nach kurzen Begrüßungs- und Einleitungsworten das Wort dem Bezirksleiter Herrn Heeke-Münster erteilte. Redner sprach über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften als Machtfaktor im deutschen Wirtschaftsleben, ihre Stellung in der Zeit des Umsturzes. Indem er dann auf die Lasten hinwies, die der Versailler Vertrag dem deutschen Vaterlande auferlegte, erklärte er, man beabsichtigte, durch die furchtbaren Bedingungen die Lebenskraft des deutschen Volkes zu erdrosseln. Teilweise habe man hier das Ziel erreicht, doch nie werde die deutsche Arbeit unterdrückt werden. Ohne sie könne Europa, dessen Lebensnerv zerrüttet sei, nie wieder gesunden. Redner ging dann näher auf die christliche Gewerkschaftsbewegung ein, auf das allmähliche Wachstum der christlichen Gewerkschaften, auf die von ihnen geleistete Arbeit und auf das allmähliche Wachstum der christlichen Ge- Wirtschaftslage und der Lohnpolitik ein. Das Arbeitszeitgesetz sei auch durch das tatkräftige Mitarbeiten der christlichen Gewerkschaften geschaffen worden. Redner schloß mit dem Wunsche, daß unserem arg bedrängten Vaterlande eine bessere Zukunft beschieden sein möge. Die Rede fand den lebhaftesten Beifall der Anwesenden. Herr Albers dankte dem Redner für die vortrefflichen Ausführungen und schloß dann die Sitzung.

Den Glanzpunkt der Feier bildete unzweifelhaft der Festzug, an dem sich die männlichen und weiblichen Mitglieder des Gewerkschaftsbundes außerordentlich stark beteiligten. Er nahm gegen 3 Uhr seinen Anfang und führte durch mehrere Straßen zum Marktplatze. An der Spitze befand sich eine Radfahrergruppe, die mit den buntgeschmückten Rädern ein farbenprächtiges Bild abgab. Dann folgte eine Musikkapelle, der sich dann die einzelnen Berufsgruppen, die wiederum Musik- und Trommlerkorps an ihrer Spitze aufwiesen, anschlossen. Nachdem auf dem Marktplatze Aufstellung genommen worden war, wies Herr Gew.-Sekr. Stall-Hagen kurz auf die Bedeutung des Tages hin. Er forderte alle Anwesenden auf, treu zu dem Programme und dem Banner der christlichen Gewerkschaften zu stehen. Mit einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland schloß die Kundgebung auf dem Marktplatze.

An den Festzug schlossen sich die Festversammlungen an. Die Festversammlung im Schützenhause für die Männer wurde nach einem Musikstück und einem Gesangsvortrag von Herrn Parteisekretär Albers eröffnet. Er begrüßte im Namen des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes die anwesenden Mitglieder und die Herren Präsides der konfessionellen Standesvereine. Nach einem Musikstück nahm sodann Herr Gewerkschaftssekretär Stall das Wort. Er wandte sich zunächst gegen den überhandnehmenden Materialismus der heutigen Zeit, sowie gegen den toten Sozialismus, der uns an den Rand des Verderbens gebracht hätte. Wir seien ein dem Untergang geweihtes Volk, wenn wir auf diesem Wege weiterschreiten würden, wo keine Nächstenliebe mehr existiere, sondern der Egoismus die Herrschaft führe. Redner sprach dann von den Pflichten gegen das Vaterland, die der christliche Arbeiter erfüllen müßte, damit das deutsche Volk vor dem Untergang bewahrt bleibe. Nur praktisches Christentum, besonders die Nächstenliebe, könne uns retten. Redner forderte die Anwesenden auf, für die christliche Gewerkschaft einzutreten und sich offen und mit der Tat als Mitglieder zu bekennen, wenn es heiße, den Deutschen Gewerkschaftsbund, seine Ideale und seinen Führer, Christus, gegen Angriffe der Feinde zu verteidigen. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, besonders an die Familienväter, stets in diesem Sinne auf ihre Kinder und Angehörigen einzuwirken.

Herr Albers sprach dem Redner den herzlichsten Dank der Versammlung mit einem Hinweis auf die Pflichten, die die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften dem Christentum und dem Vaterlande schuldeten. Damit fand die Versammlung ihren Abschluß.

Zu gleicher Zeit sprach im St. Paulushause Herr Jugendsekretär Predöhl vom christlichen Metallarbeiterverbande Dortmund über die allgemeine Lage und über die Jugendbewegung in den christlichen Gewerkschaften.

Herr Redakteur Müller-Düsseldorf behandelte in seinem Vortrage für die weiblichen Mitglieder im Arbeiterinnenhospiz die Bedeutung der Arbeiterinnenbewegung.

Um 8 Uhr abends versammelte ein Tanzkränzchen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Schützenhause, wo in angenehmer Stimmung und Fröhlichkeit einige Stunden verbracht wurden.

s. **Windthorstbund.** Die am Freitag abend vom Windthorstbunde veranstaltete Versammlung im kath. Gesellenverein wurde von Herrn Beusker eröffnet. Er begrüßte die erschienenen Gäste und gab dann das Wort dem Herrn Parteisekretär Bitter aus Recklinghausen. Redner verbreitete sich in längeren, interessanten Ausführungen über das Zentrum und die politische Lage. Er ging zunächst auf die letzten außenpolitischen Ereignesse ein, sodann erörterte er die wirtschaftliche Notlage, die augenblickliche Teuerung und ihre Wirkung bei den Gehalts- und Lohnempfängern und bei den Mittelständlern. Ueberall mache sich ein Zurückdrängen des staatspolitischen Gedankens bemerkbar. Dann streifte Redner die innere politische Lage, so besonders die Krisen in Bayern, sowie die aus dem Rathenaumorde geschaffene Lage. Scharf verurteilte er das Treiben der deutschvölkischen Bewegung innerhalb der Deutschnationalen Partei. Sodann betonte der Redner, daß vor allem die Jugend zum staatspolitischen Gedanken erzogen werden müsse, um so am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes tatkräftig mitarbeiten zu können. Mit der Aufforderung, sich im Windthorstbunde zusammenzuschließen, beendete Redner seinen Vortrag. Der Vorsitzende dankte dem Redner für die Ausführungen, die von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurden. In der anschließenden regen Aussprache wurden noch einige in der Rede angeschnittenen Fragen näher beleuchtet Mit einem Dank an die Teilnehmer wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

w. **Polizeihundverein (P. H. V.)** In der am 19. Juli von Hundeliebhabern gut besuchten Versammlung wurde einstimmig die Gründung eines Zweigvereins des P. H. V. Duisburg beschlossen. Es wurde ein prov. Vorstand gewählt. In der nächsten Versammlung, deren Zeitpunkt und Ort noch bekannt gegeben werden, wird Herr Krim.-Kommissar Rösgen aus Dinslaken über den Zweck und die Ziele des P. H. V. und seine Entwicklung nach dem Kriege einen Vortrag halten. Hundeliebhaber, welche dem Verein beitreten wollen, sind freundlichst eingeladen. Beabsichtigt ist, demnächst eine Vorführung von Polizeidiensthunden sowie von Hunden in Liebhaberhände abzuhalten, jedoch von einer Ausstellung Abstand zu nehmen. Der P. H. V. legt besonderen Wert auf Charakter und Eigenschaften eines Hundes, will also nicht nur Schönheitshunde, sondern Rassehunde, die etwas leisten, heranzüchten. Als Polizeihunde kommen vor allen anderen Rassen in Frage: der Airedale-Terrier, der Dobermann-Pinscher, der deutsche Schäferhund, Rottweiler, Boxer und der Münchener Riesen-Schnauzer.

m. **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht von Samstag auf Sonntag ist in eine Wohnung in der Kreuzstraße auf eine bisher unaufgeklärte Weise eingebrochen u. aus dem Hausflur sind ein Herrenfahrrad Marke Opel Nr. 583 888, ein Damencovercoat, ein Herrenschirm mit silberner Krücke und ein Damenschirm mit gelber Krücke entwendet worden. Sachdienliche Angaben sind bei der Kriminalabteilung zu machen.

h. **Margarinepreise.** Die Werke erhöhten die Preise wiederum um 13 Mark das Pfund, sodaß die billigste Qualität den Händlern heute 90 Mark im Einkauf im Kübel kostet.

m. **Beschlagnahmt.** Auf holländischem Boden in der Nähe der Grenze wurde am Freitag von holländischen Grenzbeamten ein Pferd, das aus der hiesigen Gegend über die Grenze geschmuggelt worden war.

a. **Reichsmietengesetz.** Das Wohnungsamt schreibt: Auskunft über die Höhe der gesetzlichen Miete kann noch nicht erteilt werden, weil die zu erlassende Anordnung, die die Höhe der Mieten genau regelt, noch der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Erst nach Genehmigung der Anordnung und Veröffentlichung derselben ist das Wohnungsamt in der Lage in Zweifelsfällen Auskunft zu erteilen. Die den Vermietern zwecks Erleichterung der Erfüllung der Vorschriften des § 18 des Reichsmietengesetzes zugestellten Formulare zur Eintragung der Friedensmiete werden teilweise nicht oder nur nach wiederholtem Drängen der Revierbeamten ausgefüllt. Um unnötige Gänge den Beamten zu ersparen, wird gebeten, die Formulare ausgefüllt rechtzeitig zur Abholung bereit zu halten. Nach Ablauf der gesetzlichen Frist müßten sonst nötigenfalls Säumige auf Grund des Gesetzes zur Abgabe der erforderlichen Angaben gezwungen werden.

a. **Grund- und Gewerbesteuer.** Auf die Bekanntmachung in heutiger Nummer wird hiermit noch besonders hingewiesen. Um einen Andrang in den letzten Tagen zu vermeiden, ist es angebracht, die fälligen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie die Beiträge zur Handwerkskammer und Landwirtschaftskammer, ferner die Schulgelder für die Berufsschulen schon jetzt zu zahlen und nicht bis zum 15. August zu warten.

s. **Das städtische Notgeld.** Auf die im Anzeigenteile veröffentlichte Bekanntmachung betreffend Einziehung des städtischen Notgeldes zu 25 und 50 ₰ wird besonders aufmerksam gemacht.

a. **Postgebühren-Erhöhung.** Die Reichspostverwaltung wird im September dem Verkehrsbeirat und dem zuständigen Reichstagsausschuß ihre neue Porto-Erhöhung zur Begutachtung vorlegen, um das Defizit zu decken. Es ist beabsichtigt, vom 1. Oktober ab das Briefporto im Inland auf 4 M, nach dem Ausland auf 9 M, für Postkarten auf 2 oder 2,50 M zu erhöhen. Ortsbriefe und Ortskarten werden nur wenig niedriger taxiert, wahrscheinlich 1,25 bis 1,50 M für den Brief oder die Karte. Die niedrigste Drucksache soll 75 ₰ kosten. Die Fernsprech- und Telegramm-Gebühren werden in großem Ausmaß erhöht. Nähere Einzelheiten sind noch nicht zu melden. Die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, daß die durchschnittliche Erhöhung um 50 Prozent das Mindestmaß sei, wenn man nicht alle paar Wochen neue Tarife ausarbeiten wolle. Das Defizit nähert sich bereits der 13. Milliarde.

a. **Die Reichsindexziffer.** Die auf Grund der Erhebungen des statistischen Reichsamtes über Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten im Durchschnitt des Monats Juli beläuft sich auf 4990 gegenüber 3779 im Juni. Die Steigerung ist somit außerordentlich groß. Sie beträgt 32 v. H. gegen 9,2 v. H. von Mai auf Juni. Die Reichsindexziffer für Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juli auf 6836. Die Steigerung von 33,5 v. H. gegenüber dem Vormonat ist demgegenüber nicht viel höher als die der Gesamtausgaben. Zur Erhöhung der Lebenshaltungskosten trugen wegen der Valutaverschlechterung die ständigen sprunghaften Preissteigerungen für sämtlich in die Erhebungen einbezogenen Lebensbedürfnisse (mit Ausnahme der Wohnungsmiete) wie ganz besonders auch die hohen Preise für Kartoffeln neuer Ernte bei.

m. **Die neuen Gerichts- und Anwaltsgebühren.** Die Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten erhöhen sich jetzt für die Geschäfte, wie sie im zweiten Abschnitte des ersten Teiles des Preußischen Gerichtskostengesetzes zusammengefaßt sind, bei Werten bis 10 000 M einschließlich um das 4fache, bei höheren Werten um das 5fache. Dasselbe gilt für einen Teilbrief. Bei den Gerichtskosten ist der Mindestbetrag einer Gebühr 15 M, soweit nicht im Gesetz ein anderer Betrag bestimmt ist. Für Notare beträgt der einzelne Pauschsatz 30 Prozent der Gebühr, mindestens 1 M. Für Rechtsanwälte beträgt der einzelne Pauschsatz 30 Prozent der Gebühr, mindestens 1,50 oder 3 M. Die Schreibgebühr für den Zeitaufwand von einer Stunde beträgt 15 M, von jeder angefangenen fünftel Stunde 3 M.

m. **Umzugskosten bei Beamten.** In Verfolg eines Rundschreibens des Reichsfinanzministers gibt der Reichsarbeitsminister zur Beachtung bekannt, daß etwa von Spediteuren verlangte höhere Versicherungsprämien als drei vom Tausend einschließlich Vermittlungsprovision den Beamten künftig nicht vergütet werden können. Zu dieser Maßnahme berechtigt der Umstand, daß verschiedene namhafte Versicherungsgesellschaften sich erboten haben, das Umzugsgut zu einem Prämiensatze von nur zwei bis drei vom Tausend zu versichern, daß also kein Anlaß vorhanden ist, den Beamten die Versicherung bei den Spediteuren zu einem höheren Prämiensatze zu gestatten. Für kleinere Orte, wo der Beamte sich nicht unmittelbar an eine Versicherungsgesellschaft wegen der Versicherung wenden kann, sondern dafür auf die Inanspruchnahme des Spediteurs angewiesen ist, wird aber die Möglichkeit einer Versicherung bei diesem zugelassen.

k. **Borken**, 4. Aug. **Christl. Bauarbeiterverband.** Die hiesige Ortsgruppe des christl. Bauarbeiterverbandes hielt am Mittwoch abend im Lokale Sonntag ihre Monatsversammlung ab. Gewerkschaftssekretär [illegible] Einig-Gladbeck berichtete in längeren Ausführungen über die letzten Lohnverhandlungen. Redner streifte dann noch die derzeitige Lage im Baugewerbe, welches augenblicklich eine Krise durchmache, infolge der Geldknappheit auf dem Baumarkt. Die Bauarbeiter müßten aus rein volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus verlangen, daß die Bautätigkeit fortgesetzt würde, ganz abgesehen davon, daß es eine Existenzfrage für sie bedeutet. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen und in der Aussprache mehrfach unterstrichen. Nachdem noch auf die niedrigen Sätze der Innungskrankenkasse hingewiesen wurde, und von dem Referenten Untersuchung der Angelegenheit zugesagt worden war, schloß der Vorsitzende Herr Wanning die anregend verlaufene Versammlung.

m. **Anholt**, 6. Aug. **Freigesprochen.** Ein hiesiger Spediteur, der vom Schöffengericht in Bocholt wegen versuchter Ausfuhr von Waren, wobei Fahrlässigkeit angenommen wurde, zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war und gegen das Urteil Berufung eingelegt hatte, wurde am Samstag vor der Berufungskammer in Münster kostenlos freigesprochen.

# Turnen, Sport und Spiel.

:: **V. f. C. Olympia.** Am gestrigen Sonntag endete das Spiel der 1. Mannschaft Olympias gegen die erste Mannschaft des Spielvereins Union E. V. Sterkrade mit 4:3. — Die zweite Mannschaft Olympias siegte gegen die zweite Mannschaft des Spielvereins Coesfeld mit 5:0.

# Neueste Nachrichten.

**Ein schwere Eisenbahnunglück.**

**WTB. St. Louis**, 6. Aug. (Drhtb.) Wie Reuter meldet, wurden bei einem Zusammenstoß zwischen einem Schnell- und Personenzuge bei Sulpur-Spring 60 Personen getötet und 100 verletzt. Viele Personen erhielten durch den aus der Lokomotive entströmenden Dampf so schwere Brühwunden, daß sie daran starben.

**Französische Maßregeln.**

**WTB. Paris**, 6. Aug. (Drhtb.) Der Pressechef des Oberkommissars von Elsaß-Lothringen teilte gestern abend mit, daß nach der Entscheidung vom 5. August die Banken und Finanzinstitute in Elsaß-Lothringen nicht mehr berechtigt seien, deutschen Staatsangehörigen Wertpapiere und Gelder auszuhändigen, die in den Banken und Kreditanstalten hinterlegt seien, und deren Zinsen auszuzahlen, gleichviel zu welcher Zeit die Niederlegung erfolgte.

**Zu der französischen Zwangsmaßnahme.**

**WTB. Berlin**, 6. Aug. (Drhtb.) Die Entrüstung der Berliner Blätter über die von der französischen Regierung mitgeteilten Zwangsmaßnahmen ist gewaltig. Man spricht von einem neuen Bruche des Versailler Vertrages und von einer unerhörten Herausforderung Frankreichs, das diesen Schritt nie rechtfertigen könne.

Verantwortlich für den [illegible] Teil [illegible] Schäfers, für den lokalen Teil und Feuilleton: Jos. Temming, für den Anzeigenteil: Joh. Kempkes [illegible]

Ordentlicher, zuverlässiger, des Radfahrens kundiger junger Mann, event. auch Kriegsbeschädigter, für sofort als

**Bote gesucht.**

**Ludwig Schwartz**
Spinnerei Münsterstraße.

**Bekanntmachung Amt Dingden.**

Die Voranschläge der Gemeinde und der Armenkasse Dingden für das Rechnungsjahr 1922 liegen gemäß § 46 der Landgemeindeordnung vom 7. ds. Mts. 8 bis 14 Tage lang zur Einsicht aller Einwohner der Gemeinde auf dem Amtsbüro offen.

Dingden, den 4. August 1922.



Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute morgen 12½ Uhr unsere treusorgende Mutter und Großmutter, unsere gute Schwester u. Tante

## Frau Wwe. Wilhelm Klaas

geb. Büchner

nach langem, mit Geduld ertragenen Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Sie entschlief sanft im vollendeten 72. Lebensjahre.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Bocholt, Wulfen, Erfurt, Halle, Beddington (England), den 5. August 1922.

---

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 8. August, nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Dinxperloer Str. 21 aus [4629m

---

**PAUL LAWACZECK & CO.,**
**G. m. b. H., Crefeld.**

Telegr.-Adr.: Indigoblau. Fernruf 3300.

**Stückfärberei für Leinen und Baumwoll-Gewebe.**

**Spezialität:**
**Ausrüstung von Blauware in Indigo-, Hydron- und Echtblau.**

---

# Die Mahlsätze

sind mit Wirkung vom 10. August 1922 wie folgt festgesetzt:

**für 1 Ctr. schroten** — **5 von hundert Metze,**
**für 1 Ctr. feinmahlen** — **8 von hundert Metze.**

Zwangsinnung für das Müllergewerbe im Regierungsbezirk Münster i. W.

402m]

---

## Nationale Bankvereeniging
DINXPERLO
Telef. Dinxperlo No. 17.

An- und Verkauf von Devisen
Kontokorrent-Rechnung mit Zinsenvergütung
Kostenloser Girodienst
Sparkasse 4% Zinsen

**Kassenstunden 9—12** (8780i

---

**Bekanntmachung: Amt Dingden.**

Die Urliste der in der Gemeinde Dingden wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt von 7. bis 14. ds. Mts. auf dem Amtsbüro zu jedermanns Einsicht offen.

Dingden, den 4. August 1922.

Der stellvertretende Amtmann.

---

**Adresse**
für Mützenmachen und Hüte-Umpressen:
**Stöverink**
Westend Ravarditer

---

## Städt. Arbeitsamt,
**Gasthausplatz, Zimmer 1**
— Fernruf 24. —

**Es werden gesucht:**

**Männlich:** 8—10 Weber (Automaten und schlicht), 10—15 Maurer, 4 Jaquardweber, 4 junge Leute zum Anlernen als Jaquardweber, 2 Knechte, 4 Möbelschreiner.

**Weiblich:** 2 jugendliche Arbeiterinnen für Weberei, 10 jugendliche Arbeiterinnen für Spinnerei, 10 Drosselspinnerinnen, 6 Weberinnen, 2 Dienstmädchen für die Landwirtschaft, 2 Dienstmädchen für bürgerlichen Haushalt.

**Es suchen Stellung:**

**Männlich:** 1 Elektromonteur (auswärts), 4 Erdarbeiter, 3 Lagerarbeiter, 5 Fabrikarbeiter, 2 Boten, 2 Jungens nach der Schulzeit.

**Weiblich:** 3 Lagerarbeiterinnen, 1 Fleyerin, 1 Kreuzspulerin, 1 Mädchen für bürgerlichen Haushalt, 1 Kindermädchen, 1 Lehrmädchen für Büro.

---

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen jungen Mann von mindestens 16 Jahren, der sich als

## Bote

eignet. Meldungen im Bankgebäude Ostermarkt 40.

**Essener Credit-Anstalt Bocholt.**

---

## 2 Zeitungsboten

(Invaliden oder Frauen) bei gutem Verdienst gel.

**Bocholter Volksblatt.**

---

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

**Singer**
**Nähmaschinen**
Erleichterte Zahlungsbedingungen.

**Ersatzteile, Nadeln, Oel, Garn, Reparaturen.** [m

Auf Wunsch Mechaniker ins Haus.

**Singer Co.** — **Hamborn**
Nähmaschinen Act.-Ges. — Kaiser-Wilhelm-Str. 296.
Vertreter für Bocholt Josef Schmeink, Westend 26.

---

Auf Anordnung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe ist das städtische Notgeld zu 25 und 50 ₰ bis zum 30. Juni ds. Js. aus dem Verkehr zu ziehen und verliert mit diesem Tage seine Gültigkeit als Zahlungsmittel.

Die im Umlauf befindlichen Scheine müssen bis spätestens 10. August 1922 bei den städtischen Kassen zur Einlösung vorgelegt werden.

Bocholt, den 7. August 1922.

Der Oberbürgermeister.

---

**Bekanntmachung**

Wie bereits vor einiger Zeit bekannt gemacht, sollen lt. Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 6. Juni vorläufig die Hälfte der für das Rechnungsjahr 1921 veranlagten Gemeinde-, Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1922 erhoben werden.

Das 1. Viertel dieser Beträge war sofort nach Aushändigung des Steuerzettels fällig, das 2. Viertel ist bis zum 15. ds. Mts. zu zahlen. Diejenigen Steuerpflichtigen, die mit den Zahlungen noch im Rückstande sind, werden hiermit an die Zahlung bis 15. ds. Mts. erinnert. Nach diesem Termine erfolgt die zwangsweise Einziehung.

Bis zum 15. August sind außerdem fällig die Beiträge zu den Handwerks- und Landwirtschaftskammern für 1922 und die Schulgelder für die Berufsschulen für das 1. Halbjahr 1922.

Bocholt, den 5. August 1922.

Die Stadtkasse.

---

**Landkrankenkasse.**

Die fälligen und noch rückständigen Beiträge zur Landkrankenkasse sind zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung bis zum **12. August ds. Jrs.** zu entrichten.

Rhede, den 4. August 1922.

Sektionskasse.
Kammann.

---

**Bekanntmachung.**

Die Pläne über die Verteilung der Einnahmen aus der Jagdnutzung in den gemeinschaftlichen Jagdbezirken der Gemeinden Rhede, Altrhede, Büngern, Crommert, Krechting und Vardingholt für die Pachtjahre 1919-20 — 1920-21 — 1921-22 liegen im Amtshause (Zimmer Nr. 3) in der Zeit vom **6. August bis 20. August ds. Jrs.** zur Einsicht der Jagdgenossen aus.

Gegen diese Verteilungspläne kann jeder Jagdgenosse binnen 2 Wochen nach der Auslegung bei den Jagdvorstehern Einspruch erheben.

Rhede, den 3. August 1922.

Die Jagdvorsteher.

---

# GEWERBE SCHAU

**MÜNSTER i. W.**
**3.-24. September**
Ausstellungsgelände
**Schützenhof, Hammerstr. 121.**

---

## Apollo-Theater.

**Nur noch heute (Montag)**
das große Schlagerprogramm.
1.
**Albertini**
in dem überaus spannenden Film:
**Samson, der Fürst der Hölle.**
6 gewaltige Akte. Albertini, der sich durch seine vorhergegangenen Filme die Gunst des Publikums erobert hat, vollbringt in diesem Film Kraftleistungen, die alles bisher gezeigte übertreffen.
2
Die Verfilmung des bekannten Ullstein-Romans:
**„Das Haus ohne Tür und Fenster"**
von Thea von Harbou.
7 herrliche Akte.
In den Hauptrollen: Lilly Breda, Rosa Gabriel, Friedrich Feher u. Karl Götz.

---

# Jagdverpachtung.

Die Verpachtung des gemeinschaftlichen Jagdbezirks der Stadt Bocholt findet am

**Montag, den 7. August 1922,**

vormittags 9 Uhr im Stadtverordneten-Sitzungssaale, Ravardistraße 4, Eingang Realschulstraße, statt, worauf hierdurch nochmals hingewiesen wird.

Bocholt, den 3. August 1922. [4603

Der Jagdvorsteher.
(Der Oberbürgermeister.)

---

## Novus Schusszähler




erhöhen die Produktion und erleichtern die Löhnung. (r858

Vertretung und Verkaufslager

**Ferdinand Janssen**
Webutensilien — Maschinen
Fernruf 1131 M. Gladbach Fernruf 1131

---

**Eisenschrott - Metallschrott**
**Ankauf Verkauf**
Händler Vorzugspreise. [4628
**TH. LANDERS, Dingden.**
Fernruf Ringenberg 16.

---

Fachmann für Cord- und Velvetschneiderei und Ausrüstung sucht nach langjähr. Tätigkeit Stellung als

## Betriebsleiter.

Angebote unter Nr. 848 an die Annoncen-Expedition Emil Schellmann, M.-Gladbach.

---

## Korsett-Anfertigung

nach Maß, auch bei Stoffzugabe, neue moderne elegante Formen, K. mit Leibbinde, U. Korsetts, K. für starke Damen, bequeme gutsitzende Fassons, Reform-Korsetts, Backfisch- u. Kinder-K. und Leibchen-Büstenhalter, gute Korsettstoffe, beste Einlagen. [m

**Frau Schauss,**
Nobelstr. 19, I. Etg.

---

2 junge Herren suchen

## möbl. Zimmer

mit Morgenkaffe.
Offerten unter N. B. an die Geschäftsst. d. Bl.

---

Alleinstehender Herr sucht

## Zimmer

**mit Morgenkaffee.**
Offerten unter C. 264 an die Geschäftsstelle.

---

Ein gut erhaltener

## Ueberzieher

(mittlere Größe) billig zu verkaufen. k52724

Römerstr. 31.

---

**Es eilt!**
Rote Johannisbeeren empfiehlt
Obstplantage u. Samenhaus
Bohnen. [4548

---

## Käse-Lab und Farbe

wieder in der bekannten guten Qualität vorrätig.
**Apotheke Ringenberg**

---

**Auto-Benzin**
**Handels-Benzin**
**Leicht-Benzin**
**Motoren- und Maschinenöle**
liefert jede Menge
Medizinal-Drogerie
**Uhlenkotte**
Neustr. 13.

---

2 eiserne

## Kettbäume

von etwa 275 cm Rohrlänge, für 92zöllige Webstühle zu kaufen gesucht.

**Roth & Budenberg.**

---

**Büssing-Lastwagen**
8—5 To. oder sonst gute Marke sofort gesucht.
Angebote mit Motor-Nr. an **R. & G. Steffen,**
Münster i. W.,
Gallitzinstr. 32.

---

## Eine Glocke

mit 10 Kilos
zu verkaufen.
Dingdenerstr. 65.

---

## Geld

gefunden
auf der Biemenh. Chaussee.
Näh. Geschäftsstelle. 2723